



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 27.01.2021, 17:00 Uhr, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

„Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“

Vorl.Nr. 354/20

Beschluss:

1. a) Die Stadt Ludwigsburg führt einen strategischen Stadtentwicklungsprozess unter dem Titel „Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“ durch, der an das Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ anknüpft und einen neuen Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung umsetzt. Ziel des bis Ende 2022 dauernden Prozesses ist die Erarbeitung einer aktualisierten, gesamtstädtisch getragenen Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung, inklusive eines genehmigungsfähigen Haushalts für 2023.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt 2022 im 1. Quartal 2021 bereits erste Schritte des Strategieprozesses mit dem Gemeinderat so zu beginnen, dass diese bereits zur Haushaltsplanung 2022 Entscheidungsgrundlagen liefern.
2. Die Vorbereitung und Umsetzung des Prozesses „Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“ erfolgt in enger Abstimmung zwischen der Verwaltung und dem Gemeinderat, der alle grundlegenden Entscheidungen zum Prozess trifft. Zudem erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Verwaltung zur Umsetzung des Prozesses in Form von Werkstattberichten.
3. Der Gemeinderat stimmt den von der Verwaltung in der Begründung unter Ziffer 3. vorgeschlagenen nächsten Schritten zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Dengel

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit der Gemeinderatsmitglieder. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Anschließend verweist OBM **Dr. Knecht** auf die Vorlage sowie die öffentliche Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 26.01.2021. Er informiert, es sei nicht so, dass Ludwigsburg nicht schon bisher viele zukunftsweisende Projekte auf den Weg gebracht habe, aber in regelmäßigen Abständen sei es wichtig, innezuhalten und den Blick in die Ferne zu richten und zu überprüfen, ob man insgesamt noch auf dem richtigen Kurs sei. In Ludwigsburg habe es dafür schon bisher regelmäßig Zukunftskonferenzen gegeben. Deshalb sollen Zukunftswerkstätten stattfinden, um die Arbeit an konkreten Fragen und das finden überzeugender Lösungen zu bekommen. Nicht nur Gemeinderäte und Verwaltung müssten sich austauschen. Auch die Bürger würden zum Ideenaustausch eingeladen. Dabei sei klar, dass man immer wieder ins Ringen kommen werde, auch schon dann, wenn es an die Bestimmung der Schwerpunkte und die Finanzierung gehe. Ein weiterer, ausführlicher Sachvortrag wird nicht gewünscht.

OBM **Dr. Knecht** erteilt Stadtrat Müller das Wort, weil er in der WKV-Sitzung nicht Stellung nehmen konnte.

Stadtrat **Müller** begrüßt, dass der Prozess "wohin und wie soll sich die Stadt Ludwigsburg insgesamt entwickeln" neu gestartet werde. Ein Neustart sei vor allem auch deshalb angezeigt, weil innerhalb von 2 Jahren die gesamte Verwaltungsspitze des Rathauses ausgetauscht werde und damit auch neue Aspekte einfließen könnten. Neue Aspekte heiße hoffentlich nicht nur sparen. Dass dies mehr sein müsse zeige auch der Titel der neuen Leipziger Charta "Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl", der sich die Stadt verpflichtet fühle. Gerade in einer kapitalistischen Gesellschaft sei die Orientierung auf das Gemeinwohl sehr anspruchsvoll und verfrage sich eigentlich nicht. Wenn alle Bereiche ihren Beitrag zu einem positiven Ergebnishaushalt leisten sollen, auch die Bereiche, die einem Konkurrenzdruck nicht gewachsen seien, werde es schwierig für das Gemeinwohl. Daher sei er gespannt wie die Ergebnisse ausfallen werden und wie das "Gemeinwohl" dann definiert werde. Die Linken würden der Beschlussvorlage zustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 354/20 Beschluss fassen.

TOP 1.1

**- Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts:
Kenntnisnahme der aktuellen strategischen und
operativen Ziele als Ausgangsversion für den
Weiterentwicklungsprozess**

Vorl.Nr. 370/20

Beratungsverlauf:

Vgl. Beratungsverlauf zu TOP 1.

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsverlauf:

Vgl. Beratungsverlauf zu TOP 1.

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Mitteilungsvorlage Nr. 488/20 und die hierzu erfolgte nichtöffentliche Beratung im Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 26.01.2021.

Bei dieser Beratung sei auf einen redaktionellen Fehler in der Vorlage hingewiesen worden. Insgesamt handelt es sich um ein Gremium von 13 Stadträtinnen und Stadträte.

Die Gemeinderäte Dogan (BdV) und Burkhardt (LUBU) einigen sich, wer den Sitz wahrnehme.

Die Gleichstellungsbeauftragte habe bei der Besetzung auf Ausgewogenheit bei der Geschlechterverteilung hingewiesen. Die Fachlichkeit stehe im Vordergrund.

Die Konstituierung des Strategie- und Zukunftsbeirats solle mit Vorlage in der WKV-Sitzung am 09.02.2021 vorberaten und in der Gemeinderatsitzung am 24.02.2021 beschlossen werden.

Der neue Beirat solle seine Arbeit nach Möglichkeit am 01.03.2021 aufnehmen. Der Beirat ersetze die bisherige Haushaltsstrukturkommission.

Stadtrat **Prof. Vierling** hält die Einrichtung des Beirats für ein „sinnvolles Gremium“. Die Haushaltsstrukturkommission könne man sich sparen.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Gemeinderat von der Mitteilungsvorlage Kenntnis.

Abweichender Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg entsendet fünf Vertreter des Gemeinderats (sowie im Verhinderungsfall deren Stellvertreter) in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Stadtbahn:

Zweckverband Stadtbahn

Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin sowie 5 vom Gemeinderat benannte Vertreter:

	Mitglieder	Stellvertreter
Grüne (1 Vertreter)	Dr. Christine Knoß	Silke Gericke Frank Handel Prof. Dr. Michael Vierling Ulrich Bauer
CDU (1 Vertreter)	Klaus Herrmann	Wilfried Link Claus-Dieter Meyer
Freie Wähler (1 Vertreter)	Florian Lutz	Jochen Zeltwanger
SPD (1 Vertreter)	Margit Liepins	Nathanael Maier Dieter Juranek
FDP (1 Vertreter)	Jochen Eisele	<i>Stefanie Knecht</i>

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Dengel

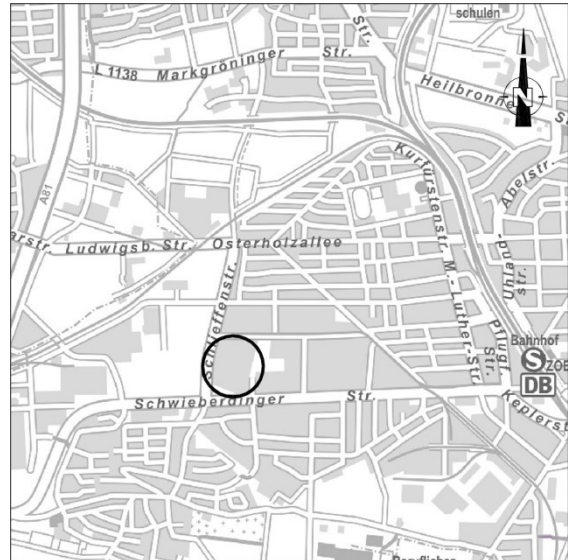
Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 012/21. Er teilt mit, der Beschlussvorschlag enthalte einen redaktionellen Fehler. Die FDP-Fraktion habe Stadträtin Stefanie Knecht als Stellvertreterin benannt. Der Beschlussvorschlag werde daher dahingehend geändert. Bei der Besetzung gehe die Gemeindeordnung von einer Einigung/Einstimmigkeit des Beschlusses aus. Nach den erfolgten Vorgesprächen gehe er davon aus, dass eine Einvernehmlichkeit zu erzielen sei, ansonsten müsse in einer Präsenzsitzung gewählt werden. Wahlen dürften entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in einer Online-Sitzung nicht durchgeführt werden.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen lässt OBM Dr. Knecht über den so geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Zwischen Schlieffenstraße und Wilhelm-Fein-Straße“ Nr. 023/05 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 18.11.2020 (Anlage 1).
- II. Ziel der Planung ist die Sicherung der gewerblichen Nutzung in diesem Bereich.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt über die Chatfunktion der Video-Plattform. Der Chatverlauf wird für die Öffentlichkeit in den kleinen Saal des Kulturzentrums übertragen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Dengel

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) vom 03.12.2020.

Zusammenfassend erläutert BMin **Schwarz** den Sachverhalt. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage 411/20 Beschluss fassen.

Beschluss:

Die Stelle der Fachbereichsleitung des neuen Fachbereichs „Digitalisierung und IT“ wird zur unbefristeten Besetzung zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Entgeltgruppe 15 TVöD freigegeben. Sie wird intern und extern auf geeigneten Online-Plattformen ausgeschrieben. Der Text der Stellenausschreibung ist als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt über die Chatfunktion der Video-Plattform. Der Chatverlauf wird für die Öffentlichkeit in den kleinen Saal des Kulturzentrums übertragen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Dengel

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 26.01.2021. Ausführlich erläutert er den Sachverhalt.

Die FDP-Fraktion unterstütze die Entscheidung einen Fachbereich Digitalisierung und IT einzurichten, führt Stadträtin **Knecht** aus. Damit könne auch Ludwigsburg zügig die nächsten Schritte zu einer modernen Verwaltung gehen. Es werde höchste Zeit, wichtige strukturelle Weichen zu stellen, denn man sei im internationalen Vergleich in den letzten Jahren weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen gelandet. Dies sei seit längerem bekannt. Corona habe die Versäumnisse wie ein Brennglas zu Tage gebracht, sei es in der Digitalisierung des Bildungssystems, des Gesundheitswesens oder der öffentlichen Verwaltung. Digitalisierung bedeute nicht nur Breitbandausbau und schnelles Internet bis zum hintersten Acker in Poppenweiler.

Digitale Verwaltung bedeute Optimierung der Arbeitsabläufe, Vernetzung aller Arbeitsprozesse mit intelligenten Schnittstellen innerhalb der Fachbereiche aber auch z.B. zum Landratsamt oder anderen Verwaltungsebenen im Land. Digitalisierung bedeute Effizienzsteigerung. Sie bedeute z.B. mit 5 Klicks jederzeit einen Personalausweis zu verlängern oder den Verkehrsfluss während Baustellen durch intelligente Verkehrsleitsysteme zu optimieren.

Wichtig sei, dass alle auf dem Weg in ein digitales Ludwigsburg mitgenommen werden. Dabei denke sie insbesondere an die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mit den modernen Medien nicht so vertraut seien. Man verspreche sich vom neuen Fachbereich Schnelligkeit und Transparenz und verbunden mit hohem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen von Ludwigsburg.

Die Digitalisierung sei nicht alles, es werde weiterhin noch persönlichen Kontakt geben, teilt Stadtrat **Herrmann** mit. Trotzdem sei es wichtig diesen Fachbereich zu schaffen. Finanzielle Auswirkungen habe es aus seiner Sicht nicht.

Stadtrat **Weiss** betont wie wichtig der neue Fachbereich bzw. die IT für eine Verwaltung sei und dass dieser nun mit hoher Priorität entwickelt werden muss. Eine gute Entwicklung sei jetzt sehr wichtig, weshalb seine Fraktion der Freigabe der Stelle zustimmen werde.

Stadtrat **Dr. O' Sullivan** merkt an, dass die Digitalisierung und IT den Rahmen eines Fachbereiches verdient haben, außerdem sei die Digitalisierung nach außen verbesserungswürdig. Das Stichwort „Home-Office“ habe die Wichtigkeit der Digitalisierung aufgezeigt. Seine Fraktion stimme zu.

Stadtrat **Girrbach** findet es überraschend, dass erst jetzt eine entsprechende Stelle geschaffen werde. Er halte die aufgezeigte Entwicklung für gut. Er halte es für richtig, Kompetenzen zu bündeln.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 499/20 Beschluss fassen.

TOP 6

Fahrtkostenzuschuss ÖPNV für städtische Bedienstete

Vorl.Nr. 490/20

Beschluss:

Die fahrgastbezogene Bezuschussung für die städtischen Bediensteten wird von 01.03.2021 bis 31.12.2022 auf 60% einer persönlichen Monats- und Jahreskarte, höchstens 70 Euro pro Monat festgelegt. Die Pauschalsteuer sowie Beiträge werden vom Arbeitgeber getragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt über die Chatfunktion der Video-Plattform. Der Chatverlauf wird für die Öffentlichkeit in den kleinen Saal des Kulturzentrums übertragen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 26.01.2021.
Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) erläutert den Sachverhalt.

Wenn der ÖPNV-Zuschuss für Beschäftigte abgesenkt werde, werde die Nutzung von Bussen und Bahnen teurer und dann werde die Entscheidung, ob man mit Auto oder öffentlichem Verkehr fährt, in Richtung Auto begünstigt, sagt Stadtrat **Prof. Vierling**. Außerdem passe der Verwaltungsvorschlag nicht in den Kontext „Stärkung des ÖPNV in der Pandemie“. Man brauche doch gerade Investitionen für den öffentlichen Verkehr in der Nach-Corona-Zeit. Da seien hohe ÖPNV-Zuschüsse gut angelegt. Seine Fraktion werde die Vorlage daher nicht unterstützen.

Stadträtin **Dr. Klünder** weist darauf hin, dass die zeitliche Begrenzung ein wichtiger Aspekt sei und die städtischen Bediensteten trotzdem noch einen 60% Zuschuss erhalten. Es sei daher immer noch sehr attraktiv, den ÖPNV zu nutzen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass dadurch mehr Personen auf das Auto umsteigen. Das Thema solle nicht überzeichnet werden, im Moment handele es sich um eine Befristung von 2 Jahre.

Ludwigsburg gehöre in Sachen ÖPNV-Förderung zu den Spitzenreitern, meinte Stadtrat **Lutz**. Das Angebot sei hochattraktiv. Reduzierte Zuschüsse für Rathausmitarbeiter änderten daran nichts, zumal diese Maßnahme befristet sei. Außerdem müsse jeder seinen Beitrag zu Konsolidierung leisten. Da die Fahrkostenreduzierung befristet sei, werde seine Fraktion zustimmen.

Die von Stadtrat Prof. Vierling angeführten Argumente seien nicht ganz falsch, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Man könne tatsächlich nicht zu 100 Prozent ausschließen, dass die angedachte Kürzung keinen Einfluss auf die ÖPNV Nutzung habe. Allerdings habe Stadtrat Prof. Vierling in seinem Statement kein einziges Wort über die finanzielle Situation der Stadt verloren. Nach seiner Ansicht sei die Kürzung der ÖPNV Zuschüsse für städtische Mitarbeiter ein Baustein im Konsolidierungsprogramm. Der Dank gelte daher der Belegschaft und dem Personalrat, die bei dieser Maßnahme mitgehen.

Stadtrat **Haag** spricht ebenfalls an, dass jeder seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten müsse und dankt der Belegschaft. Er gehe davon aus, dass wegen einer 10 prozentigen Kürzung nicht weniger Personen die Bahn nutzen werden.

Stadtrat **Müller** merkt an, dass der Personalrat der Stadtverwaltung aufgrund der Befristung zugestimmt habe.

BM **Ilk** findet es natürlich nicht schön, den Zuschuss für 2 Jahre um 10% zu verringern. Es handele sich aber hierbei „nur“ um 10% und dies sei mit einer Befristung versehen. Mitarbeiter wünschten sich sichere Radwege und Radabstelllagen, daher werden Autostellplätze in sichere Radstellplätze umgewandelt. Dadurch werde die Nachhaltige Mobilität weiter unterstützt. In der kommenden Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) werde das Jahresprogramm des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität vorgestellt. Man sehe also deutlich, dass Ludwigsburg einerseits konsolidiere, andererseits aber einen strategischen Schwerpunkt beim Thema Mobilität sehe.

Stadtrat **Prof. Vierling** merkt an, mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde die nachhaltige Mobilität nicht gefördert.

Nach erfolgter Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 490/20 Beschluss fassen.